

Das Wochenmagazin der SPÖ - www.spoe.at

SPÖ **Aktuell**

20. Februar 2011 Nr. 7 • 0,73 Euro

Gesundheits- system sichern - Kassen stärken



Was die Steuerentlastung
bringen wird



Härtere Strafen für Raser
und Alkosünder



90 Jahre
Frauenwahlrecht

Österreich hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, auf das wir auch zu recht stolz sein können. "Beste Gesundheitsversorgung für alle" ist nicht nur ein Schlagwort, sondern gelebte Realität. Um dieses hohe Niveau aber weiter aufrecht zu erhalten, muss unser Gesundheitssystem bedarfsgerecht weiterentwickelt und effizienter gemacht werden. Das betont auch Gesundheitsminister Alois Stöger im Interview für "SPÖ aktuell". Stöger sieht außerdem enormes Einsparungspotenzial bei den Medikamenten – ebenso wie der Bestsellerautor Hans Weiss, der diese Woche einen Gastkommentar in "SPÖ aktuell" schreibt.

Weiteres zentrales Thema diese Woche ist die große Steuerentlastung, die die SPÖ durchgesetzt hat. Wir bringen auch Fallspiele, wie viel die Steuersenkung den ArbeitnehmerInnen und den Familien bringt. Wer genau wissen will, wie viel ihm im Geldbörse bleibt, kann das im Internet auf www.steuerentlastung.at nachrechnen.

Und auch in dieser Woche gibt es einen historischen Schwerpunkt: 90 Jahre Frauenwahlrecht. Für die SPÖ-Frauen ein guter Anlass, über Gleichstellung, Rechte und Mitbestimmung der Frauen zu diskutieren.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Schwerpunkt Gesundheit	4
Interview mit Gesundheitsminister Alois Stöger.....	5
Was die Steuerentlastung bringt	7
Härtere Strafen für Raser und Alkosünder.....	9
Gastkommentar von Bestsellerautor Dr. Hans Weiss.....	14

SEIBERSDORF

FPÖ muss sich Verantwortung stellen

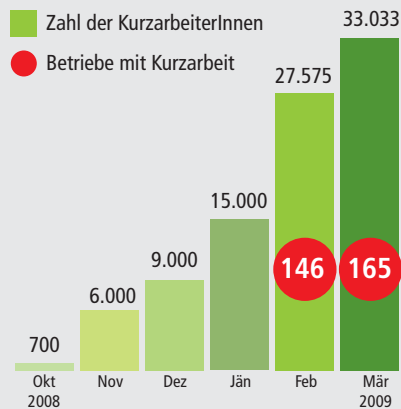
Der Rechnungshof hat nun offiziell bestätigt: Das blau eingefärbte Management der ehemaligen ARC Seibersdorf hat eine katastrophale Miswirtschaft auf Kosten der Steuerzahler zu verantworten", so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Noch im Jahre 2003 habe das ARC Seibersdorf über beachtliche Liquiditätsreserven in der Höhe von über 28 Mio. Euro verfügt.



„Nachdem sich die blauen und orangen Herrschaften dort ausgetobt haben, drohte den ARC bereits 2006 die Zahlungsunfähigkeit. Der Schaden, der hier innerhalb kürzester Zeit durch freiheitliche Parteigänger verursacht worden ist, spottet jeder Beschreibung", betonte Kräuter. Kräuter forderte Strache auf, zu den ungeheuerlichen Vorgängen rund um die ARC klar Stellung zu beziehen.

THEMEN DER WOCHE

Kurzarbeit nimmt zu



Kurzarbeit steigt unauffhaltsam

Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage waren mit Februar insgesamt 27.575 ArbeitnehmerInnen aus 146 Betrieben zur Kurzarbeit angemeldet. Im März werden diese Zahlen deutlich steigen: Plus 5.458 Betroffene aus weiteren 19 Betrieben. Besonders die Automobil- und Zulieferindustrie ist zu dieser Maßnahme gezwungen: Drei von vier KurzarbeiterInnen sind dort tätig.



Sondersitzung im Zeichen der Wirtschaftskrise

Am Dienstag fand im Parlament eine parlamentarische Sondersitzung auf Antrag des BZÖ statt, das versuchte, aus der wirtschaftlich schwierigen Situation politisches Kleingeld zu schlagen. Im Gegensatz dazu betonte Bundeskanzler Werner Faymann, dass die Regierung bezüglich der Wirtschaftskrise "sensibel und vorausschauend" vorgeht, da der Regierung die ArbeitnehmerInnen dieses Landes am Herzen liegen. Dass die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen wie etwa den Konjunkturpaketen am richtigen Weg ist, wird auch von zahlreichen Wirtschaftsforschern bestätigt.

Zitat der Woche

„Ich habe geglaubt, das ist das Thema für die Klubtagung des BZÖ zur Aufarbeitung seiner ehemaligen Regierungsbeteiligung.“

SPÖ-Klubobann Josef Cap über den Titel der vom BZÖ einberufenen NR-Sondersitzung „Postenschacher und Misswirtschaft“.

AUA-Rettungspaket von 500 Millionen

"Mit der 500 Millionen Euro Finanzspritze für die AUA nimmt die Politik ihre Verantwortung gegenüber heimischen ArbeitnehmerInnen und dem Wirtschaftsstandort wahr", zeigt sich SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer von der Gesetzesinitiative der Bundesregierung überzeugt. Die Verkaufsverhandlungen zwischen ÖIAG und AUA sind mittlerweile abgeschlossen, nun soll es der ÖIAG ermöglicht werden, die hoch verschuldete Airline zu stärken. Das Rettungspaket für die AUA wurde im Finanzausschuss mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.





Zimmer

Versprochen – gehalten!

Eine vorgezogene Steuerentlastung für das Jahr 2009 wurde von der SPÖ bereits im Frühjahr des letzten Jahres gefordert. „Populismus“ hieß es damals. Populismus? Heute ist die Steuerentlastung Realität und wird von Experten und Wirtschaftsforschern als wichtiger Beitrag zur Kaufkraftstärkung gewürdigt. ArbeitnehmerInnen und Familien profitieren.



Die Sozialdemokratie sorgt konkret dafür, dass kleine und mittlere EinkommensbezieherInnen mehr Geld zur Verfügung haben.

Die SPÖ hat die Zeichen der Zeit früh erkannt. Bereits im Februar 2008 haben wir als erste Partei ein Vorziehen der Steuerentlastung für das Jahr 2009 gefordert. Die politischen Mitbewerber flüchteten sich mangels eigener Konzepte in den Vorwurf, die SPÖ betreibe Populismus. Ein Jahr später sind nun andere Töne angesagt. Selbst die vehementesten VertreterInnen des Neoliberalismus – die bisher den Staat auf ein Minimum reduzieren wollten – rufen nun laut nach der Hilfe eben dieses Staates.

„Bereits im Februar 2008 war es die SPÖ, die als erste Partei ein Vorziehen der Steuerentlastung für das Jahr 2009 gefordert hat.“

Die Sozialdemokratie war immer davon überzeugt, dass der Staat eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Gesellschaft und der Wirtschaft spielen muss. Die Finanzkrise, die sich nun zu einer Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes ausgewachsen hat, bestätigt

einmal mehr die Richtigkeit unseres Weges. Die SPÖ setzt nun die richtigen Maßnahmen, um die schlimmsten Effekte der gegenwärtigen Krise bewältigen zu können. Das Vorziehen der Steuersenkung und das Konjunkturpaket sind angesichts wirtschaftlich schwieriger Zeiten unerlässlich, um breite Bevölkerungsschichten zu entlasten und dadurch die Kaufkraft zu stärken. So werden konkrete Impulse gesetzt, um den stotternden Konjunkturmotor wieder ins Laufen zu bringen. Populismus sieht anders aus.

Doch es geht nicht nur um die Wirtschaft alleine. Die Steuerentlastung ist in erster Linie auch ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Nur zur Untermauerung: Die Entlastung beträgt 3,2 Milliarden Euro. Prozentuell werden dabei die BezieherInnen niedriger Einkommen weit stärker entlastet. Die Zahl der Menschen, die keine Lohnsteuer zahlen, wird ausgeweitet. Insgesamt sind damit fast 2,9 Millionen ArbeitnehmerInnen in Österreich von

der Lohnsteuer befreit. Die Sozialdemokratie sorgt konkret dafür, dass kleine und mittlere EinkommensbezieherInnen mehr Geld zur Verfügung haben.

Wir sitzen nicht wie das Kaninchen vor der Schlange und warten darauf, was passieren könnte. Wir haben aus der Geschichte gelernt und arbeiten daran, dass die Folgen der Konjunkturflaute für die Menschen so gering als möglich gehalten werden, anstatt die Krise dafür zu nutzen, politisches Kleingeld aus der Situation zu schlagen – wie dies gerade die Oppositionsparteien betreiben. ♦

GESUNDHEIT

Rezepte für kr

Die Sanierung der Kassen tut not. Die Regierung hat deshalb ein Maßnahmenpaket entwickelt, das – ohne die Patienten zu belasten – rasche Hilfe für das Gesundheitssystem bietet.



Fotolia

Defizit nachhaltig abzubauen, hat Gesundheitsminister Alois Stöger ein Sanierungspaket vorgelegt, das in drei Schritten den Krankenkassen helfen soll. Geeinigt hat sich die Bundesregierung darauf bei der Regierungsklausur im Osttiroler Sillian.

Drei Schritte zur Sanierung

Im Jahr 2009 sollen die Kassen eine Finanzierungsspritze im Ausmaß von 30 bis 50 Millionen erhalten, die genaue Höhe der Soforthilfe wird von Gesundheitsminister Alois Stöger und Finanzminister Josef Pröll in den Budgetverhandlungen festgelegt. Ab 2010 soll dann ein „Kassenstrukturfonds“ die Krankenkassen stützen. Über den Fonds können die Kassen pro Jahr 100 Millionen Euro lukrieren, wobei sich der Gesundheitsminister durchaus vorstellen kann, diesen Betrag bei Bedarf aufzustocken, denn der Fonds soll

die Leistungen abgelenken, die der Staat von den Kassen verlangt. Beschließt der Staat also in Zukunft Maßnahmen, die die Kassen belasten, dann, so Stöger, müsse der Fonds entsprechend aufgestockt werden. Um Mittel aus dem Fonds zu erhalten, müssen die Krankenkassen jedoch auch Gegenleistungen erbringen, das heißt, sie müssen Einsparungen vornehmen. Der Fonds soll zwischen Gesundheits- und Finanzministerium so eingerichtet werden, dass Sparpotentiale „Zug um Zug, wie in einem Zahnrad, gehoben werden können“, wie Bundeskanzler Werner Faymann betont. Im dritten Schritt werden dann den Kassen in den Jahren 2010 bis 2012 150 Millionen Euro pro Jahr zugeschossen, diese gelten als Entschuldungsbeitrag. „Es ist für uns unverzichtbar, dass die Liquidität der Kassen erhalten bleibt, da muss sich je-

Die österreichischen Patientinnen und Patienten können sich auch in Zukunft auf unser erstklassiges Gesundheitssystem verlassen.

Das österreichische Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt: Der Euro Health Consumer Index listet Österreich innerhalb Europas

auf Platz drei, lediglich übertroffen von Dänemark und den Niederlanden. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dieses System im Interesse der Patientinnen und Patienten zu erhalten und fit für

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Sanierungspaket der Regierung

2009: 30 bis 50 Millionen Euro Überbrückungshilfe, diese wird im Rahmen der Budgetverhandlungen fixiert.

2010: 100 Millionen Euro pro Jahr aus dem Kassenstrukturfonds, die Kassen müssen als Gegenleistung Sparmaßnahmen erbringen.

2010 bis 2012: 150 Millionen Euro pro Jahr Entschuldungsbeitrag.

„Die finanzielle Absicherung der Krankenkassen passiert nicht auf dem Rücken der Patienten.“

**SPÖ-Gesundheitssprecherin
Sabine Oberhauser**

die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Oberste Priorität hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Entschuldung der Krankenkassen, beläuft sich doch der Schuldenstand derzeit auf etwa 1,2 Milliarden Euro (Stand November 2008). Um dieses

anke Kassen

der Patient auf uns verlassen können“, erläutert der Bundeskanzler die Intention der Regierung. SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser ergänzt, dass es erstmals gelungen ist, einen Fonds zur Finanzierung des Gesundheitswesens zu schaffen, der aus Steuermitteln gespeist und nicht durch Beitragserhöhungen finanziert wird.

Senkung der MwSt zeigt positive Auswirkungen

Das Kassensanierungspaket ist ein weiterer Schritt in Richtung gesunde Kassen. Mit der Senkung der Mehrwertsteuer auf Medikamente ist bereits ein wichtiger Beitrag zur Kostenreduktion gesetzt worden, der nicht nur den Menschen, sondern auch den Krankenkassen zu Gute kommt. Erste Früchte hat diese Maßnahme schon getragen. So wird das Defizit 2009 laut Prognosen deutlich geringer ausfallen als befürchtet. Waren im November noch 64 Millionen für das Jahr 2009 befürchtet worden, geht der Hauptverband nun von 49,3 Millionen aus. ♦

Gesundheitswesen im Vergleich

Bewertung der Kategorien Patientenrechte und Informationen, e-Health, Therapie-Wartezeiten, Behandlungsergebnisse, Zugang zum Gesundheitswesen und Pharma – maximal 1.000 Punkte

1	Niederlande	839
2	Dänemark	820
3	Österreich	784
4	Luxemburg	758
5	Schweden	743
6	Deutschland	740
7	Schweiz	712
8	Norwegen	707
9	Finnland	705
10	Frankreich	695

Quelle: APA/Euro Health Consumer Index 2008 | Grafik: SPÖ

Der Euro Health Consumer Index reiht unser Gesundheitssystem auf Platz 3, Österreich hat damit Länder wie die Schweiz oder Norwegen hinter sich gelassen.

INTERVIEW

„Kein Platz für Zwei-Klassen-Medizin“

Gesundheitsminister Alois Stöger will das Gesundheitssystem bedarfsgerecht weiterentwickeln und effizienter machen.

SPÖ Aktuell: Wird die Gesundheitsversorgung weiterhin allen auf höchstem Niveau zur Verfügung stehen?

Alois Stöger: Selbstverständlich! Niemand kann zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt seriös vorhersagen, wie sich die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise entwickeln wird. Ungeachtet dessen steht eines jedoch fest: Das hervorragende österreichische Gesundheitssystem wird weiterhin die bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle garantieren. Mehr noch: Wir wollen das Gesundheitssystem kontinuierlich weiterentwickeln und bedarfsgerechter machen. Allerdings müssen wir auch effizienter werden. Bei den Medikamenten sehe ich massives Einsparungspotenzial. Die Pharma-Industrie hat Wachstumsraten, die weit über dem Bruttoinlandsprodukt liegen. Was hier eingespart werden kann, kann in andere Bereiche investiert werden – etwa in mehr Zeit für Beratungsgespräche zwischen Arzt und Patient.

Welche Vorstellungen gibt es konkret im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Gesundheitssystems?

Alois Stöger: Das Gesundheitswesen muss einer Vielfalt von Anforderungen entsprechen; es muss im Bedarfsfall rasche und leicht zugängliche Betreuung für alle gewährleisten und eine regional ausgewogene und hochwertige Versorgung sicherstellen. Und das Gesundheitswesen ist für die Patientinnen und Patienten da – und nicht umgekehrt. Es ist daher stets auf dem neuesten Stand des Bedarfs der Menschen anzupassen. Seine Leistungen müssen auch in Zukunft allgemein zugänglich sein. Für eine „Zwei-Klassen-Medizin“ ist in einem sozialen Gesundheitswesen kein Platz.



Gesundheitsminister Alois Stöger

Investitionen in den Bereich Gesundheit und Krankenpflege sichern aber auch Arbeitsplätze...?

Alois Stöger: Mehr als man denkt! Einerseits können natürlich nur gesunde Menschen ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Andererseits sind hunderttausende Menschen in diesem Sektor tätig. Schätzungen zufolge wird zukünftig jeder vierte Arbeitsplatz im Gesundheitswesen und in angrenzenden Bereichen entstehen. Es lässt sich daher ohne Übertreibung von einem „Jobmotor Gesundheit“ sprechen.

Sind die Krankenkassen durch das in Sillian beschlossene Paket saniert?

Alois Stöger: Sillian war ein ganz wichtiger erster Schritt. Zentral ist, dass wir die Entschuldung der Kassen im Interesse der Versicherten strukturell angehen. ♦

GESUNDHEIT

Gesundheitswesen in Österreich – eine Erfolgsstory

Österreichs Gesundheitswesen liegt im europäischen Vergleich auf dem hervorragenden dritten Platz. Vorrangiges Ziel ist es nun, dieses System kontinuierlich weiterzuentwickeln und Schritt für Schritt noch bedarfsgerechter und effizienter zu machen.

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit bekräftigte Gesundheitsminister Alois Stöger sein Bekenntnis zu einer sicheren Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Österreich sowie zu einem gleichen Zugang zu Spitzenmedizinischen Leistungen. Das Gesundheitswesen muss einer Vielfalt von Anforderungen entsprechen; es muss im Bedarfsfall rasche und leicht zugängliche Betreuung für alle gewährleisten und eine regional ausgewogene und hochwertige Versorgung sicherstellen. Für eine „Zwei-Klassen-Medizin“ ist in einem sozialen Gesundheitswesen kein Platz.

Das Gesundheitssystem in Österreich kann getrost als Erfolgsstory bezeichnet werden. Über 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden für Gesundheitsausgaben verwendet. Zwischen 1970 und 2007 stieg die Lebenserwartung bei der Geburt für Männer um 10,9 und für Frauen um 9,5 Jahre an und liegt somit aktuell bei 77,4 bzw. bei 82,9 Lebensjahren. Auch die Sterblichkeit an Herz-Kreislauf-Erkrankungen sank in den vergangenen zehn Jahren um 38,3 Prozent und

war damit hauptverantwortlich für den Anstieg der Lebenserwartung.

Vorsorge und Sicherheit am Arbeitsplatz

Im Bereich der Vorsorgeuntersuchungen ist ebenfalls ein erfreulicher Trend zu ver-

vention schließt den Schutz der Gesundheit in der Arbeitswelt ein, insbesondere mittels Maßnahmen zur Unfallverhinderung sowie durch verstärkte arbeitsmedizinische und betriebsärztliche Versorgung und Vorsorge. Dies schlägt sich auch in der Statistik nieder: In den vergangenen zehn Jahren ging die Zahl der Versicherungsfälle um ein Drit-

tel zurück, die Sicherheit am Arbeitsplatz ist im Steigen begriffen. In einem modernen Gesundheitswesen nimmt die Gesundheitsförderung und Präventivmedizin einen immer höheren Stellenwert ein. Gesundheitsvorsorge kennt weder Altersgrenzen, noch lässt sie sich auf bestimmte Lebensbereiche beschränken.

Armut macht krank

Ein Aspekt, dem die Sozialdemokratie erhöhte Aufmerksamkeit widmen wird, ist der Bereich Gesundheit und Armut. Es ist mittlerweile erwiesen, dass Armut nachweislich zu einem ungesünderen Lebensstil, zu

häufigeren Erkrankungen und einem früheren Tod führt. Deshalb werden seitens des Gesundheitsministeriums verstärkt Initiativen gestartet, die sich speziell diesen Zielgruppen zuwenden. Gerade im Niedriglohnbereich, wie etwa im Einzelhandel, sind überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt, die mit gezielten Projekten betrieblicher Gesundheitsförderung stärker als bisher dazu gebracht werden sollen, gesundheitsbewusster zu leben bzw. arbeiten zu können.

Unser Gesundheitsminister ist ein Garant dafür, dass das hervorragende österreichische Gesundheitssystem weiterhin die bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen wird. Denn das Gesundheitswesen ist für die Patientinnen und Patienten da – und nicht umgekehrt. ♦



Fotolia

Österreichs Gesundheitssystem gehört weltweit zu den Besten.

zeichnen. 2007 ließen über 820.000 ÖsterreicherInnen eine Vorsorgeuntersuchung durchführen. Ein Plus von 3,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Umfassende Prä-

ZUM THEMA

Jobmotor Gesundheit

Vergleichsweise unabhängig von der wirtschaftlichen Konjunktur ist das Gesundheitssystem aber vor allem auch ein verlässlicher Arbeitgeber für hunderttausende Personen und trägt damit wesentlich zur Standort- und Arbeitsplatzsicherheit in Österreich bei.

Im Jahr 2007 waren in Österreichs Krankenanstalten insgesamt über 100.000 Personen beschäftigt. Seit Anfang der sechziger Jahre stieg die Ärztedichte auf das Dreifache und lag 2007 bei 452,7 ÄrztInnen und 54 ZahnärztInnen pro 100.000 Personen Wohnbevölkerung.

Schätzungen zufolge wird künftig jeder vierte neue Arbeitsplatz im Gesundheitswesen entstehen.

STEUERENTLASTUNG

Sozial, entschlossen, zuverlässig

Die SPÖ sorgt mit entschlossenem Handeln in schwierigen Zeiten für Stabilität. Die Steuersenkung entlastet die Arbeitnehmer und bringt unverzichtbare Impulse für die Wirtschaft.



Einiges mehr an Geld bleibt den ÖsterreicherInnen durch die Steuerentlastung in der Börse. Das kurbelt die Kaufkraft an und stärkt die Wirtschaft.

können sich die ÖsterreicherInnen auf die SPÖ verlassen – wir handeln sozial, entschlossen, zuverlässig“, so SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer.

Die Eckpunkte der Steuerentlastung

2,3 Mrd. Euro für die Lohn- und Einkommensteuertarifentlastung:

► 2,7 Mio. Menschen zahlen keine Lohnsteuer. 160.000 Menschen kommen durch die Steuerentlastung hinzu, da der Grenzwert von 10.000 auf 11.000 Euro angehoben wurde.

► 88 Prozent des Volumens der Steuersenkung kommen Menschen mit Einkommen bis 4.000 Euro brutto zugute.

► Alle Steuerzahler werden entlastet, jedoch mit einer Deckelung bei den obersten EinkommensbezieherInnen (5.800 brutto).

► Für Jahreseinkommen unter 25.000 Euro wurde der Grenzsteuersatz von 38,33 auf 36,50 gesenkt.

500 Mio. Euro zur Entlastung der Familien:

► Die Kinderabsetzbeträge werden für alle Kinder von 610 auf 700 Euro angehoben und direkt ausbezahlt.

► Einführung eines Kinderfreibetrages: 220 Euro pro Kind können von der Steuer abgesetzt werden.

► Professionelle Kinderbetreuung kann mit einem Betrag von 2.300 Euro pro Jahr und Kind (bis zum 10. Lebensjahr) abgesetzt werden.

► Arbeitgeber können einen für die/den DienstnehmerIn steuerfreien Betrag in der Höhe von 500 Euro pro Jahr für die Betreuung der Kinder (bis zum 10. Lebensjahr) auszahlen.

► Weiters wird der Freibetrag für Selbstständige von 10 auf 13 Prozent erhöht, und ein Freibetrag bei Gewinnen bis zu 30.000 Euro kann in Anspruch genommen werden. ♦

Schon seit dem Frühjahr 2008 forderte die SPÖ das Vorziehen der Steuerentlastung von 2010 auf das Jahr 2009, um die Menschen in Österreich spürbar zu entlasten. Bundeskanzler Werner Faymann konnte die ÖVP von der notwendigen Entlastungsmaßnahme schon während der Regierungsverhandlungen überzeugen und damit die Umsetzung der Steuersenkung einleiten. Im Rahmen der Regierungsklausur beschloss die Regierung nun die von der SPÖ geforderte Steuerentlastung mit einem Volumen von 3,2 Milliarden Euro, die ab April in Kraft treten wird – und das rückwirkend mit 1.1.2009. Grundsätzlich wirkt die Entlastung bei den niedrigeren Einkommen prozentuell stärker. Das heißt, die SPÖ-geführte Regierung sorgt dafür, dass vor allem den kleinen und mittleren EinkommensbezieherInnen mehr in der Geldbörse bleibt. „Wenn es darum geht, die Menschen massiv und gerecht zu entlasten,

Wer wie viel profitiert



Beispiel 1: Alleinerzieherin mit 2 Kindern und einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1700 Euro; 1 Kind im Kindergarten; 1 Kind in der Schule.

► Die alleinerziehende Mutter zahlt durch die jährliche Steuerentlastung 485 Euro jährlich weniger an Lohnsteuer.

► Als Mutter von 2 Kindern profitiert sie von der Familienentlastung im Ausmaß von ca. 1.200 Euro jährlich.

► Die jährliche Gesamtentlastung für die Alleinerzieherin beträgt knapp 1.700 Euro jährlich.



Beispiel 2: Familie mit 2 Kindern; beide Eltern arbeiten und verdienen jeweils 2.500 Euro brutto monatlich; 1 Kind im Kindergarten, 1 Kind in der Schule.

► Beide Eltern ersparen sich durch die Steuerentlastung jeweils ca. 630 Euro jährlich.

► Die Familie mit 2 Kindern profitiert von der Familienentlastung im Ausmaß von ca. 1.230 Euro jährlich.

► Die jährliche Gesamtentlastung für die Familie beträgt knapp 2.500 Euro.

WEBTIPP

www.steuerentlastung.at

Mehr Infos über die Steuerentlastung inklusive weiterer Fallbeispiele und einem Steuerreformrechner gibt es im Internet auf www.steuerentlastung.at.

GLEICHBEHANDLUNGSBERICHT

Frauenpower im Öffentlichen Dienst

Der neue Gleichbehandlungsbericht zeigt: Im Bundesdienst sind immer mehr Frauen in Führungspositionen.



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zeigt sich bei der Präsentation des Gleichbehandlungsberichts erfreut über die hohe Quote von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst.

Die neuen Gleichbehandlungsberichte für den Öffentlichen Dienst sowie für die Privatwirtschaft sind da. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek präsentierte die Ergebnisse letzten Montag. Der Bericht für den Öffentlichen Dienst des Jahres 2008 zeigt, dass weibliche Führungskräfte auf dem Vormarsch

sind. In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil von Frauen in Spitzenpositionen von 18,7 auf 27,3 Prozent gestiegen. Führend sind dabei das Bildungsministerium mit 50,3 Prozent, das Gesundheitsressort mit 47,1 Prozent und das Bundeskanzleramt mit 44,3 Prozent. „Der Öffentliche Dienst geht in der Frauenförderung mit gutem

Beispiel voran“, erklärte die Frauenministerin, „in jeder Begutachtungskommission, die über Bewerbungen zu entscheiden hat, muss eine Frau vertreten sein“. Des Weiteren sind im Personalplan des Bundes Zielvereinbarungen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen festgeschrieben. Zusätzlich sollen Ausbildungs- und Mentoring-Programme die Frauen individuell fördern.

Verschiedenartige Diskriminierungsgründe

Der Gleichbehandlungsbericht für die Privatwirtschaft (2006 und 2007) macht die Arbeit der Gleichbehandlungskommission (GBK) und der Gleichbehandlungsanwaltschaft sichtbar. In der GBK wurden 138 Fälle behandelt: Die häufigsten Diskriminierungsgründe in der Arbeitswelt waren dabei sexuelle Belästigung, Ungerechtigkeiten beim Entgelt sowie Benachteiligungen aufgrund ethnischer Zugehörigkeit oder Alter. Die Gleichbehandlungsanwaltschaft hat in den Jahren 2006 und 2007 6.501 Beratungen durchgeführt, mehrheitlich haben sich Frauen an die Anwaltschaft gewandt. ♦

KINDERBETREUUNG

Wurm ruft zum Ausbau der Krippenplätze auf



SPÖ-Frauen-sprecherin Gisela Wurm

Kritik seitens der EU an Österreich wegen fehlenden Krippenplätzen und unflexiblen Öffnungszeiten. Bereits im Mai 2008 schloss die damalige Frauenministerin Doris Bures die 15a-Vereinbarung mit den Ländern ab. Seitdem erhalten die Länder bis 2010 15 Millionen Euro Zuschuss für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige. Dennoch bringt eine EU-Studie berechnete Kritik mit sich. SPÖ-Frauen-sprecherin Gisela Wurm appelliert an die Länder nun endlich auch für den Ausbau der Betreuungsplätze zu sorgen, sowie die Öffnungszeiten dieser Einrichtungen flexibler zu gestalten. „Mit dem Finanzierungsangebot der Bundesregierung werden ganz bewusst Ganztagsplätze mit langen Öffnungszeiten am höchsten gefördert“, betonte Wurm. ♦

SCHULE

Mehr Geld für Schulbücher



SPÖ-Bildungs-sprecher Elmar Mayer: „Ab Herbst erhalten Volksschüler pro Jahr 12 Euro mehr für Schulbücher.“

Eine langjährige SPÖ-Forderung wurde vor kurzem Realität: Denn ab Herbst wird erstmals seit Jahren das Budget für Schulbücher an Volks- und Berufsschulen erhöht. Konkret wird es ab Herbst 3,6 Millionen Euro mehr für Schulbücher geben. Für die Volksschulen bedeutet das pro Schüler eine Anhebung von 38 auf 50 Euro. Und in den Berufsschulen gibt es je nach Fachbereich pro Schüler zwischen 10 und 14 Euro mehr.

Ab dem Schuljahr 2010/11 wird es auch eine Erhöhung für die 5. bis 8. Schulstufe geben, zeigt sich SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer erfreut. Damit sollten die privaten Zukäufe, für die die Eltern immer wieder in die Tasche greifen mussten, endgültig der Vergangenheit angehören, hofft Mayer. ♦

VERKEHRSSICHERHEIT

Kampfansage an Raser und Alkolenker

Verkehrsministerin Doris Bures will höhere Strafen für Alkolenker und Raser. Zudem soll die Information über das Führerscheinvormerkssystem verstärkt und die Kindersicherheit verbessert werden.



APA

Mit der Erhöhung der Strafen für Alkolenker soll ein klares Signal gesetzt werden: Alkohol am Steuer ist kein Kavaliersdelikt – sondern eines der Hauptursachen für Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang.

Konkret soll nach den Vorstellungen der Ministerin bei 0,5 bis 0,79 Promille die Mindeststrafe von 218 auf 300 Euro angehoben werden, bei 1,2 bis 1,59 Promille von 872 auf 1.200 Euro und bei mehr als 1,6 Promille von 1.162 auf 1.600 Euro. Überdies soll der Führerschein dann für sechs statt vier Monate weg sein. Bures will damit ein klares Signal setzen: Alkohol am Steuer ist kein Kavaliersdelikt. Angesetzt werden soll vor allem auch bei der Unfallursache Nummer 1: dem Raser.

» Ab 30 km/h über der erlaubten Höchstgeschwindigkeit sollen Raser künftig mindestens 70 Euro berappen müssen;

» ab 40 km/h zu viel im Ortsgebiet bzw. 50 km/h Überland mindestens 150 Euro (derzeit 72 Euro).

„So soll mehr Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es lebensgefährlich für sich selbst und andere ist, wenn man mit weit überhöhten Geschwindigkeiten Auto fährt“, betont die Verkehrsministerin.

Mehr Infos, mehr Sicherheit

Bures möchte aber noch mit einer Reihe von weiteren Maßnahmen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgen. So zeigt eine Evaluierung durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit, dass das Führerscheinvormerkssystem viel zu wenig bekannt ist. Hier soll mit einem Info-Folder zum Vormerkssystem übersichtlich über die Delikte, ihre Gewichtung und ihre Folgen informiert werden. Dieser Folder soll auch an Interessenvertretungen, Länder, Verkehrsclubs und die Polizei gehen.

Ein Bereich, in dem akuter Handlungsbedarf besteht, ist die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr. Laut einer Statistik zur Kindersicherungsquote hat sich der Anteil ungesicherter Kinder im Auto von 2006 auf 2007 mehr als verdoppelt. Waren 2006 9,2 Prozent der Kinder ungesichert, waren es 2007 18,5 Prozent. Das bedeutet, jedes 5. Kind ist unzureichend gesichert im Auto unterwegs. „Diese Zahlen zeigen, dass die Erwachsenen die oft fatalen Folgen fehlender Kindersicherung unterschätzen“, so Bures. Daher soll mit zielgenauen eigenen Kindersicherungsseminaren für mehr Sensibilisierung gesorgt werden. ♦

KONJUNKTURPAKET NÖ

Gemeinsame Kraftanstrengung

Allein 334 Millionen Euro vom 900 Millionen Euro schweren Konjunkturpaket des Bundes werden in Infrastrukturprojekte in Niederösterreich investiert.

Dieses Konjunkturpaket ist eine gemeinsame Kraftanstrengung, um alles zu tun, dass sich die Rezession nicht weiter vertieft. Außerdem werden damit die Beschäftigung und der Wirtschaftsstandort gesichert sowie Werte für die Zukunft geschaffen. Diesen „Dreifachnutzen“ des Investitionspakets betonte Infrastrukturministerin Doris Bures bei der gemeinsamen Präsentation mit Landeshauptmann Pröll und seinem Stellvertreter Gabmann. Von den 334 Millionen fließen 190 Millionen Euro in die Schiene

und 144 Millionen Euro in die Straße. Möglich wird dadurch etwa eine Bahnhofsoffensive für Niederösterreich. Profitieren werden davon 18 Bahnhöfe, wo z.B. in Barrierefreiheit oder thermische Sanierung investiert wird. SPÖ-NÖ-Vorsitzender, LH-Stv. Sepp Leitner lobt das von der Verkehrsministerin präsentierte Paket. „Viele seit langem von uns geforderte Projekte wurden berücksichtigt“, so Leitner, der auf die vielen konstruktiven Gespräche, die er mit Ministerin Bures geführt hat, verwies. ♦



Rigaud

Infrastrukturministerin Doris Bures.

FRAUEN

Frauen kämpfen unermüdlich um ihre Rechte

90 Jahre Frauenwahlrecht: Für die SPÖ-Frauen ein guter Anlass über Gleichstellung, Rechte und Mitbestimmung der Frauen zu diskutieren.



SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Bettina Stadlbauer erinnerte an die Errungenschaften der Frauen.



SPÖ-Frauenvorsitzende Barbara Prammer fordert, dass frauenpolitischen Themen wieder mehr Bedeutung zu kommt.

Frauen wählen Frauen?!“, diese Frage stellten sich die SPÖ-Frauen im Rahmen ihrer gleichnamigen Veranstaltung aus Anlass des Jubiläums 90 Jahre Frauenwahlrecht. Unter Moderation von Journalistin Sibylle Hamann diskutierten SPÖ-Frauenvorsitzende Barbara Prammer und Meinungsforscherin Eva Zeglovits sowie die Publizistin Susanne Feigl und Jungwählerin Lisa Werderitsch über die Problematiken in der

Frauenpolitik. Prammer betonte erneut, dass Quotenregelungen zur Schaffung der Gleichstellung der Geschlechter unumgänglich seien.

Viele Forderungen noch immer nicht umgesetzt

In Anlehnung an den gezeigten Film „90 Jahre Frauenwahlrecht sind nicht genug“, der den Kampf der Frauen um ihre Rech-

te seit Ende des 19. Jahrhunderts dokumentiert, erinnerte die Bundesgeschäftsführerin der SPÖ-Frauen Bettina Stadlbauer an die ersten Forderungen der Frauen: Gleicher Zugang zur Bildung, gleicher Lohn für gleiche Leistung, mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, bessere Sozialversicherung und besseres Arbeitsrecht. Einiges davon sei erfreulicherweise bereits umgesetzt, vieles davon müsse noch folgen, so Stadlbauer. ♦

1. Nationalversammlung 1919: Sechs Frauen zogen ein



Anna Boschek (1874-1957)

Anna Boschek wuchs in Armut auf und musste bereits als Kind zu arbeiten beginnen. 1919 zog die Gewerkschafterin in die Nationalversammlung ein. Boschek wirkte besonders beim Gesetz zum Achtstundenarbeitstag mit und trat massiv für die Gründung der Arbeiterkammer ein.



Emmy Freundlich, geb. Kögler (1878 bis 1948)

Emmy Freundlich begann ihre parteipolitische Arbeit 1907 für die sozialdemokratische Zeitschrift „Der Kampf“. In der Nationalversammlung engagierte sie sich besonders für die Themen Ernährungs- und Konsumtenfragen. Zudem war sie als einzige Frau in der Wirtschaftssektion des Völkerbundes vertreten.



Adelheid Popp, geb. Dworak (1869 bis 1939)

Die berühmte Mitgründerin und Redakteurin der Arbeiterinnenzeitung wurde als 15. Tochter einer Weberfamilie geboren und musste schon ab dem Kindesalter Fabrikarbeiten machen. 1902 gründete sie den „Verein sozialdemokratischer Mädchen und Frauen“. Die spätere Vorsitzende des „Internationalen Frauenkomitees“ war von 1919 bis 1934 Abgeordnete in der Nationalversammlung.



Therese Schlesinger, geb. Eckstein (1863 bis 1940)

Sie durfte als eine der Wenigen eine fundierte Ausbildung von Volksschule bis Studium genießen. Sie engagierte sich in der Österreichischen Frauenbewegung und war von 1919 bis 1923 Abgeordnete in der Nationalversammlung und anschließend bis 1930 im Bundesrat.



Amalie Seidel (1876 bis 1952)

Bereits mit 11 Jahren musste Seidel als Dienstmädchen zu arbeiten beginnen, bevor sie mit 17 in eine Fabrik kam. Am 3. Mai 1883 organisierte sie den ersten Arbeiterinnenstreik Österreichs. Die Forderungen der 500 Arbeiterinnen waren bessere Arbeitsbedingungen und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden.



Maria Tusch (1868 bis 1939)

Mit sieben Jahren trat Maria Tusch als Bedienstete des Klosters Maria Saal in das Berufsleben ein. Sehr früh engagierte sie sich bei der Gewerkschaft in Kärnten, wo sie geboren wurde und später auch Vorsitzende der SP-Frauen wurde. Als einzige Frau aus einem Bundesland wurde sie 1919 in die Nationalversammlung entsandt.

Sachbuch

Saubere Sachen

Brodde deckt grünen Etikettenschwindel auf und zeigt, wie man saubere Kleidung findet, die Laufstege und Läden erobert.

Keine Frage: Bio ist in. Umweltfreundlichkeit und ethische Korrektheit von Produkten sind Kriterien geworden, die den Einkauf maßgeblich beeinflussen. Inzwischen hat der Trend zu nachhaltigen Produkten auch die Modewelt erreicht. Die Rohstoffe stammen aus biologischem Anbau, die Erzeuger werden fair bezahlt, die Verarbeitung erfolgt mit ökologisch optimierten Chemikalien und die Konfektion findet in Betrieben mit hohen Sozialstandards statt.

Doch wo sind die Sachen zu finden? Und worauf muss man achten? Anders als bei den Biolebensmitteln, die ein einheitliches EU-Siegel tragen, fehlen bei der Öko-Mode noch verbindliche Standards. Allen, die verantwortungsbewusst konsumieren wollen, zeigt Kirsten Brodde, wie man Kleidung und Unternehmen findet, die glaubwürdige Wege gehen. Und sie zeigt auch, dass Umweltbewusstsein und modernes, kreatives Styling längst kein Widerspruch mehr sind. ♦

Erzählungen

Die Socken des Kritikers

Erzählungen aus der schillernden Welt der Kunst und über die Menschen, die sich der Kunst verschrieben haben.

Der Kritiker hat immer Recht. Doch trägt er die falschen Socken zum Anzug und fällt zum Vergnügen der Bühnenbildnerin vom Sockel seiner Hybris. Der Architekt und der Eishockeyspieler: zwei Lebensläufe, die sich verlieren und zum dramatischen Finale wieder kreuzen. Werner Schneyder erzählt aus dem Leben von Theaterleuten, Chansonetten, Zauberern, Cellisten, Drehbuchautoren, Pianisten, Tanzlehrern und Architekten. Glasklar, aber immer mit einem Funken Verständnis für menschliche Un-

vollkommenheit, zeigt er Menschen im Glanz des Erfolgs oder der komischen Tragik des Scheiterns, zwischen fragwürdigem Talent und provinzieller Fehleinschätzung. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt: „...dann findet Werner Schneyder mit traumwandlerischer Sicherheit die Balance zwischen Gefühl und Satire, Tragikomik und Melancholie, bitterem Ernst und, ja, auch das, den Mut zur Sentimentalität. Dann werden seine Kurzgeschichten zu Menschengeschichten.“ ♦

Sachbuch

Die neue Weltwirtschaftskrise

Brillant formuliert legt Krugman dar, wie die Wirtschaft vor dem Absturz in eine tiefe Rezession bewahrt werden kann.

Schon vor zehn Jahren wies der Wirtschafts-nobelpreisträger 2008, Paul Krugman, auf die Rückkehr der ökonomischen Übel hin, die in den dreißiger Jahren die Weltwirtschaftskrise auslösten. Die erste Auflage entstand damals als Reaktion auf die Asienkrise der neunziger Jahre. „Während manche Beobachter diese Krise als spezifisches Phänomen betrachteten, sah ich sie als ein schlechtes Omen für uns alle“, schreibt der Autor in seiner Einleitung. Doch im Boom nach der Jahrtau-

sendwende wurde seine Warnung vergessen. Nun steckt die Welt in einer neuen globalen Krise. In diesem Buch zeigt Krugman, wie die mangelnde Regulierung der Finanzmärkte die Voraussetzungen für eine Rückkehr der Weltwirtschaftskrise schuf. Es stimme ihn nicht fröhlich, so der Nobelpreisträger, dass er mit seinen Befürchtungen Recht hatte. So legt er in seinem Werk dar, welche Schritte unternommen werden müssen, damit die Krise eingedämmt werden kann. ♦

☐ Stk.


Kirsten Brodde:
Saubere Sachen.
Ludwig Verlag,
München 2009;
256 Seiten, 17,50 €

☐ Stk.


Werner Schneyder:
Die Socken des Kritikers.
Ausgewählte Erzählungen.
Langenmüller Verlag,
München 2009;
300 Seiten, 18,50 €

☐ Stk.


Paul Krugman:
Die neue Weltwirtschaftskrise
Campus Verlag,
Frankfurt/New York 2009;
248 Seiten, 25,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



OBERÖSTERREICH

Ausbau des Öffentlichen Verkehrs als Jobmotor



SPÖ Burgenland

Der Ausbau der Öffis schafft neue Jobs.



LHStv. Erich Haider setzt sich als Referent für den Öffentlichen Verkehr für massive Investitionen ein, um Arbeitsplätze in schwierigen Zeiten zu sichern.

„In der derzeitigen Krise des Arbeitsmarktes ist die Umsetzung wichtiger Nah-

verkehrsprojekte ein Gebot der Stunde. Das bewirkt Beschäftigung im Land und sichert die Arbeitsplätze“, so LHStv. Haider, der sich erfreut zeigt, dass bereits im März die Bauarbeiten für die Straßenbahnverlängerung von Linz nach Leonding beginnen können. Auch das dafür notwendige Tunnelprojekt wird noch heuer in Angriff genommen. Dies wirke sich äußerst positiv auf die Arbeitsplatzsicherung aus, wie Haider betont. Das vom Land Oberösterreich beschlossene Konjunkturpaket enthält darüber hinaus noch andere wichtige Investitionen in die oberösterreichischen Öffis:

» Die barrierefreie Gestaltung der Lokalbahn Gmunden-Vorchdorf wurde bereits beschlossen.

» Die barrierefreie Gestaltung der Donauuferbahn: Ein Beschluss zur Finanzierung ist noch ausständig, aber das Projekt ist baureif.

» Die barrierefreie Gestaltung der Almtalbahn: Ein Baubeginn im heurigen

Jahr ist bei baldiger Übermittlung des Vertragsentwurfes durch die ÖBB realistisch.

„Was wir jetzt brauchen, ist eine entschlossene gemeinsame Politik für die Schaffung von Arbeitsplätzen und eines modernen öffentlichen Verkehrs in Oberösterreich“, unterstreicht Haider. Und weiter: „Was wir nicht brauchen, ist eine Verzögerungstaktik, wie sie die ÖVP beim Regio-Liner betreibt.“ ♦



Autor

LHStv. Haider weiß: Sichere „Arbeitsplätze sind das wichtigste für die Menschen.“

WIEN

Hatzl als „Bürger von Wien“ ausgezeichnet



Der vielseitig engagierte Wiener SPÖ-Politiker Johann Hatzl erhält eine hohe Ehrung der Stadt Wien.

Hatzl, der bis 2008 als Landtagspräsident tätig war, hat in seiner langjährigen politischen Laufbahn verschiedene Funktionen in der SPÖ übernommen. Der gelernte Waggonschlosser hat als Bezirksrat in Simmering begonnen und wurde 1973 in den Wiener Gemeinderat gewählt. Nach einer kurzen Zeit im Nationalrat war er ab 1979 als Stadtrat für das Ressort Wohnen und anschließend für Verkehr und

Energie verantwortlich.

1996 wurde Hatzl zum Klubobmann gewählt, 2001 trat er das Amt des Landtagspräsidenten an. Bürgermeister Michael Häupl bedankte sich bei Hatzl für sein langjähriges Engagement in der SPÖ sowie für seinen unermüdlichen Einsatz für die Stadt Wien. ♦



Schaub-Walzer

„Rathausmann“ Johann Hatzl wird „Bürger von Wien“

NIEDERÖSTERREICH

Sieg in der Au



Erfolg für die naturnahe Fischerei: Denn dank einer Initiative von SPÖ-Bundesgeschäftsführer und Präsident der größten österreichischen Fischereivereinigung (VÖAFV), Günther Kräuter, konnte ein laut „Fischereilichem Managementplan Wien“ geplanter Verlust von mehr als 350 Fischerei-Lizenzen verhindert werden. Für sein Anliegen, die naturgerechte Fischerei in den Donauauen zu erhalten, konnte Kräuter auch die Unterstützung von Bürgermeister Michael Häupl und Umweltstadträtin Ulli Sima gewinnen. Besonders erfreulich ist, dass es ein immer stärker wachsendes Verständnis für die Zusammenhänge von Fischerei sowie Natur- und Gewässerschutz gibt. ♦



Privat

SPÖ-Bundesgeschäftsführer VÖAFV-Präsident Günther Kräuter hat sich erfolgreich für die Anliegen der Fischerei eingesetzt.

KÄRNTEN

54 Millionen Euro für Arbeitsmarkt



Angesichts steigender Arbeitslosigkeit haben Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Kärntens SPÖ-Spitzenkandidat Reinhart Rohr einen „Kraftakt“ für den Kärntner Arbeitsmarkt präsentiert.

Insgesamt werden rund 54 Millionen Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik nach Kärnten fließen. Und es werden auch unbegrenzte Mittel für den Ausgleich von Kurzarbeit bereitgestellt. Konkret bedeutet das, dass jeder Antrag auf Ausgleich von Kurzarbeit garantiert berücksichtigt wird, erläuterten Rohr und Hundstorfer zum „Kraftakt“ für Kärntens ArbeitnehmerInnen.

Gemeinsam mit AMS-Chef Josef Sibitz hat Rohr auch ein „Absolventen-Beschäftigungsprogramm“ ins Leben gerufen. „Ab 1. März sollen 50 Schul- oder Universitätsabsolventen, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, von diesem

sechsmonatigen Programm profitieren“, so Rohr. Finanziert wird dieses 1 Million Euro schwere Programm zu 50 Prozent vom AMS Kärnten. „25 Prozent tragen die jeweiligen Gemeinden und 25 Prozent übernehme ich als Gemeindereferent“, betonte Kärntens SPÖ-Spitzenkandidat Rohr.

Arbeitsplätze sind Thema Nummer Eins

Rohr hat verdeutlicht, dass die Sicherung der Arbeitsplätze auch über die Wahl am 1. März hinaus Thema Nummer Eins bleiben wird. Sollte die SPÖ in Kärnten den Landeshauptmann stellen, wird es auch das so wichtige Referat für Arbeit in der Landesregierung geben. „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass Maßnahmen, die die Arbeit betreffen, in einer Zuständigkeit gebündelt werden, um effektiv zu handeln“, so Rohr.



Für die SPÖ-Kärnten sind die Arbeitsplätze das zentrale Thema.

Jede Stimme zählt

BZÖ und SPÖ liefern sich weiterhin ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Damit ist klar, dass für die SPÖ jetzt jede Stimme zählt. Neue Umfragen zeigen, dass sich BZÖ-Landeshauptmann Dörfler mit seinen „Witzen“ immer mehr ins Abseits manövriert: Nur zwölf Prozent der Befragten fanden Dörflers Bemerkungen „witzig“. ♦

SALZBURG

Fit für die Zukunft



Seine „Bei den Menschen und ihren Sorgen“-Tour hat Bundeskanzler Werner Faymann zuletzt nach Salzburg geführt. Dort geht man mit großem Optimismus und noch größerem Engagement in die Wahlen.



Mit Optimismus in die Zukunft – dank Gabi Burgstaller und der Salzburger SPÖ.

Die Stadt Salzburg und Hallein standen Freitagabend auf dem Besuchsprogramm von Bundeskanzler Werner Faymann, der von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Bürgermeister Heinz Schaden und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas begleitet wurde. In den letzten fünf Jahren

hat die SPÖ für Salzburg viel bewegt. Gabi Burgstaller ist Garantin dafür, dass Salzburg auch weiter fit für die Zukunft ist: „Wir haben viele Vorschläge gemacht, wie die Wirtschaft angekurbelt werden kann. Und wir haben österreichweit eines der größten Konjunkturpakete geschnürt.“

Der Mensch im Mittelpunkt

Die Salzburger SPÖ-Spitzenkandidatin unterstreicht

auch, dass sie sich von Werner Faymann, der regelmäßig bei den Menschen und ihren Sorgen ist, „sehr unterstützt“ fühlt. Und der Bundeskanzler ergänzt: „Die Leute haben mir heute gesagt: Mit so einer beliebten Landeshauptfrau ist gut wahlkämpfen“. Bezüglich der Salzburger Landtagswahlen ist Faymann optimistisch: „Ich bin überzeugt, dass die SalzburgerInnen sehr genau wissen, wer in diesem Land viel für die Menschen gemacht hat und wer dafür gesorgt hat, dass der Mensch im Mittelpunkt steht. Darum bin so optimistisch für die Wahlen in Salzburg.“

Voller Einsatz

Eine aktuelle IGF-Umfrage zeigt, dass die SPÖ mit 41 Prozent weiterhin vor der ÖVP mit 36 Prozent liegt. Jetzt geht es darum, die verbleibenden Tage zu nutzen, um mit vollem Einsatz auch die noch unentschiedenen WählerInnen für die SPÖ zu gewinnen. ♦



Friedmann

Gewinne der Pharmakonzerne & Finanznöte der Krankenkassen

Bestsellerautor Hans Weiss sieht enorme Sparpotenziale im Gesundheitsbereich – vor allem bei den Medikamentenpreisen.



hohe Gewinne erzielen können. Die liegen nämlich bei 20 bis 45 Prozent des Umsatzes und sind nur vergleichbar mit jenen der Finanzbranche vor der Krise.

Sparpotentiale

Seit Jahr und Tag liefern die Finanznöte der Krankenkassen Schlagzeilen. Sparpotentiale gäbe es vor allem bei Medikamenten. Zum Beispiel durch die verstärkte Verschreibung kostengünstiger Generika – also Arzneimittel, die genau denselben Wirkstoff und genau dieselbe Wirkung haben wie Markenpräparate. Auffallend ist, dass in den letzten Jahren die Ärztekammer im Gleichschritt mit Pharmakonzernen verstärkt Stimmung dagegen macht. („Sie verdienen die beste, nicht die billigste Medizin!“).

Bei meinen Recherchen habe ich mir als Export-Import-Händler auch Preisangebote renommierter Wirkstoffhersteller eingeholt, um die realen Preise von Arzneimitteln zu ermitteln. Das geradezu unglaubliche Ergebnis: Der Kostenanteil der Wirkstoffe beträgt lediglich 1-2 Prozent vom Packungspreis. Die drei Milliarden Euro, die die Krankenkasse im vergangenen Jahr für Arzneimittel ausgegeben hat, repräsentieren in Wirklichkeit also nur einen Wert von 30-60 Millionen. Hier verbergen sich also noch massive Sparpotentiale für die maroden Krankenkassen. ♦

„Im Bereich der Arzneimittel verbergen sich massive Sparpotentiale für die Krankenkassen.“

Die Medikamentenausgaben der Krankenkassen sind seit 1997 von 1,4 Milliarden Euro auf drei Milliarden gestiegen. Warum das? Schlucken wir immer mehr Medikamente? Aber nein! Die Ursache liegt in den exorbitant hohen Preisen für neue Medikamente. Gerechtfertigt werden diese mit den ach so hohen Forschungskosten. Von wegen! Pharmaintern wird ganz offen darüber geredet, dass es der Branche an Innovationskraft mangelt. „Wir bringen nichts Neues mehr auf den Markt, sondern fast nur noch me-too-Präparate.“

Forschung oder Marketing

So offen reden Topmanager von Pharmakonzernen auf industrieinternen Symposien, wenn die Öffentlichkeit ausgesperrt ist und

sie glauben, unter sich zu sein. Als getarnter Pharma-Consultant der erfundenen Firma „Solutions“ habe ich mir für Recherchen zum Buch „Korrumpierte Medizin“ die Möglichkeit verschafft, an derartigen Zusammenkünften teilzunehmen und alles aufzuzeichnen. Me-too-Präparate sind Medikamente mit nur geringfügigen chemischen Veränderungen, die von den Konzernen mit Werbebudgets in Milliardenhöhe als „großer Fortschritt“ auf den Markt gebracht werden. Das „Neue“ daran ist meist nur der höhere Preis – also ein „Schmäh“, wie man in Wien sagt.

Eine Untersuchungskommission des britischen Parlaments kam im Jahr 2006 zu dem Schluss, dass man bei der Forschung der Pharmaindustrie nie wisse, was Forschung und was Marketing sei; eins gehe ins andere über. Die echten Forschungsausgaben der großen Konzerne liegen wahrscheinlich bei fünf bis zehn Prozent, die Marketingausgaben hingegen bei vierzig Prozent.

Unsere Arzneimittelpreise sind deshalb so hoch, damit die Konzerne weiterhin obszön



Verlag
Kiepenheuer &
Witsch, Köln 2008.
19,50 €

Dr. Hans Weiss, 58, ist freier Medizinjournalist und Bestsellerautor in Wien („Bittere Pillen“, „Korrumpierte Medizin“).

TERMINKALENDER

Bis 11. April

Republikausstellung



Lehmann

Im Jahr 2008 feierte die Republik Österreich ihren 90. Geburtstag. Aus diesem Anlass ist im Parlament seit 12. November 2008 eine große Ausstellung zu sehen, die noch bis 11. April 2009 andauert. Unter dem Titel „Republik.Ausstellung 1918/2008“ stehen nicht nur die historischen Wurzeln der Republik im Fokus, auch die weitere Entwicklung Österreichs bis heute – mit allen wesentlichen Kontinuitäten und Brüchen – wird umfassend beleuchtet. Geöffnet ist die Ausstellung von Montag bis Freitag zwischen 9 Uhr und 19 Uhr, sowie an Samstagen zwischen 9 Uhr und 17 Uhr. Mehrmals täglich werden öffentliche Führungen angeboten. Der Ticketpreis beträgt ohne Führung 2 Euro, mit Führung 4 Euro. Kinder und Jugendliche können die Ausstellung kostenlos besuchen. Achtung: An Sitzungstagen des Nationalrats und des Bundesrats, an Feiertagen sowie an Tagen mit großen parlamentarischen Veranstaltungen ist kein Besuch der Ausstellung möglich.

**Öffnungszeiten: 9 bis 19 Uhr
Parlament**

Dr. Karl Renner Ring 1-3
1010 Wien

27. Februar

Diplomatie im Wandel

Zum Thema österreichische Außenpolitik zwischen gestern, heute und morgen diskutieren im Renner-Institut die SPÖ-Bereichssprecherin für EU und Außenpolitik, Elisabeth Grossmann, der ehemalige Außenminister Peter Jankowitsch, Botschafter i. R. Gerald Hinteregger und Eva Nowotny, Botschafterin i. R.

**Beginn: 13 Uhr
Renner-Institut**
Bruno-Kreisky-Saal
1120 Wien

27. Februar

„Volles Rohr für Kärnten“ – Tourfinale

Der Wahlkampf für die Kärntner Landtagswahl geht in den Endspurt. Beim großen Tourfinale der SPÖ Kärnten sprechen Bundeskanzler Werner Faymann und LH-Stv. Reinhart Rohr. Bei einem Gewinnspiel wird unter den Besuchern ein Fiat Cinquecento verlost.

**Beginn: 16.30 Uhr
Alter Platz
Klagenfurt**

2. März

Weibliche Genitalverstümmelung – Menschenrechtsverletzung oder kulturelle Tradition?

In dieser Kooperationsveranstaltung der Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung und dem Renner-Institut diskutieren die SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und globale Entwicklung, Petra Bayr, die Autorin und Journalistin Corinna Milborn, der UN-Sonderberichterstatter über das Verbot von Folterhandlungen und Direktor des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte, Manfred Nowak und Mari Steindl, Sozialanthropologin und Geschäftsführerin des Interkulturellen Zentrums.

**Beginn 18.30 Uhr
Renner-Institut**
Europasaal
1120 Wien

7. März

Frauenfest

Die Wiener SPÖ-Frauen laden anlässlich des internationalen Frauentags zu einem großen Fest, das unter dem Motto „Wir machen Frauen stark“ stattfindet. Es werden Musik, Kunst und Unterhaltung geboten, unter anderem mit Kabarettistin Andrea Händler, Sängerin Madita und DJane Violetta Parisini. Darüber hinaus diskutieren Vizebürgermeisterin Renate Brauner, die Kandidatin zur AK-Wahl, Barbara Treiber und Michaela Kauer, Kandidatin zur EU-Wahl, über Themen wie Mitbestimmung, Partizipation und Mitgestaltung von Frauen.

**Beginn: 16 Uhr
ega**
Windmühlgasse 26
1060 Wien

8. März

Matinée zum Frauentag

„Jetzt nicht lockerlassen! – Fairness für Frauen“ – unter diesem Motto laden die SPÖ-Frauen Steiermark anlässlich des Frauentages am 8. März zu einer Matinée nach Sinabelkirchen. Auf dem Programm steht musikalische Unterhaltung mit der Mädchenband Bekstar. Die Kabarettistin Susanne Pöckacker gibt Amüsantes zum Besten und Landeshauptmann Franz Voves, Landesrätin Bettina Vollath und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek diskutieren zum Frauentag. Die Gesprächsleitung übernimmt die Dritte Landtagspräsidentin Barbara Gross. Der Eintritt beläuft sich auf 5 Euro, um Anmeldung wird unter ute.verbeni@spoe.at bis 2. März gebeten.

**Beginn: 11 Uhr
Kulturhalle Sinabelkirchen**
Sinabelkirchen

16. März

Welche Aufgaben hat ein Abgeordneter zum Europäischen Parlament?



SPÖ

**SPÖ-EU-Abgeordneter
Jörg Leichtfried**

Jörg Leichtfried, seit 2004 sozialdemokratischer Abgeordneter im EU-Parlament, berichtet über seine Tätigkeit und steht für eine anschließende Diskussion zur Verfügung.

**Beginn: 19 Uhr
Wirtschaftsmuseum**
Vogelsangasse 36
1050 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chef v. Dienst: Peter Slawik
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Mag. Ute Pichler, Sabine Weinberger
Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: Bilderbox
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at
Homepage: www.spoe.at



BMG

Bundestkanzler Werner Faymann besucht ASKÖ-Sportanlage

Im Rahmen seiner „Bei den Menschen und ihren Sorgen“-Tour in Salzburg besuchte Bundestkanzler Werner Faymann den ASKÖ-Gnigl. Gemeinsam mit dem Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden informierte sich Faymann über die Vielfalt der angebotenen Sportarten. Zu einem Probetraining mit den anwesenden Judokas ließ sich der Bundestkanzler allerdings nicht überreden.

Gesundheitsministerium gibt sich neues Logo

Das Gesundheitsministerium verfügt über ein neues Logo. Ein „g“ in rotem Kasten und der Schriftzug „Bundesministerium für Gesundheit“ sind ab sofort das optische Aushängeschild des Hauses. Die Grundidee des Logos stammt von einer Mitarbeiterin des Gesundheitsministeriums, Regina Kuhn. Sie hat sich an einem Kreativwettbewerb beteiligt, den Gesundheitsminister Stöger im Dezember initiiert hatte. Schon vor der ersten öffentlichen Präsentation des Logos, lud der Gesundheitsminister die Gewinnerin des Wettbewerbs in sein Büro und gratulierte ihr herzlich zu ihrem kreativen Entwurf.